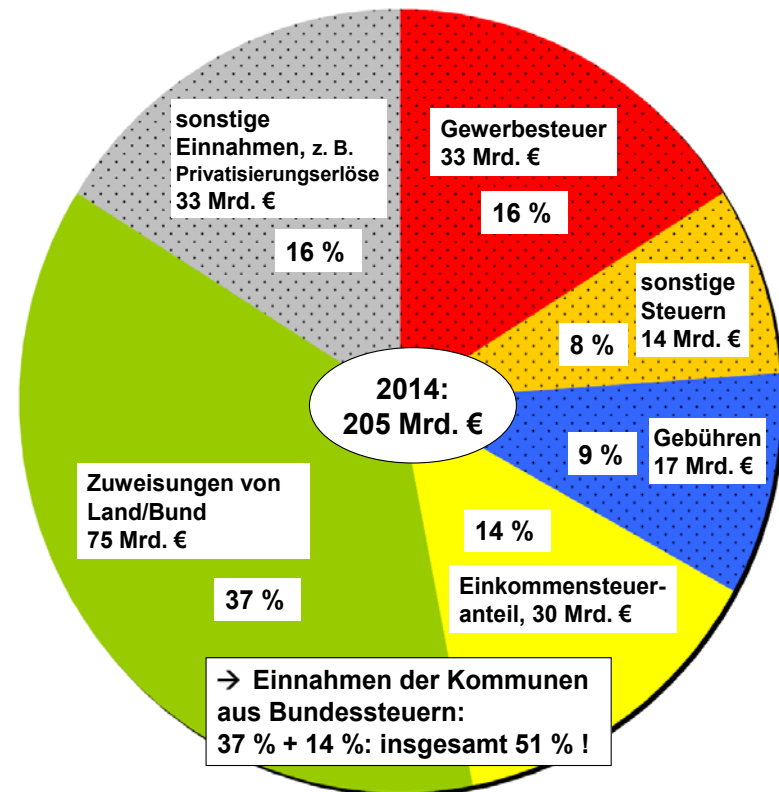


Mehr Geld für Städte und Gemeinden!

Bei den Bundessteuereinnahmen fehlen große Beträge von Höchstverdiener*innen und Konzernen. Dadurch sind die Einnahmen des Bundes nicht ausreichend gewachsen.

Trotzdem machten Zuweisungen von Bund und Ländern nach Informationen des Bundesministeriums für Finanzen 2015 immer noch mehr als die Hälfte der Einnahmen der Städte und Gemeinden aus (siehe Grafik). Die Bundesmittel sind also die wichtigste Baustelle in Sachen „Heilung der Kommunalfinanzen“. Die immer wieder in Diskussionen besonders hervorgehobene Gewerbesteuer jedoch erbringt im Durchschnitt lediglich 16 Prozent als kommunale Finanzierungsquelle.



Die Statistik des Bundesministeriums für Finanzen zeigt deutlich: Der Löwenanteil der kommunalen Finanzen muss aus dem Bund kommen. Er muss durch Steuern gedeckt werden, die für Höchst Einkommen, Gewinne und Vermögen deutlich anzuheben sind.

Es ist in den letzten Jahren üblich geworden: Kommunale Ausgaben sollen vor allem durch kommunale Einnahmen finanziert werden. Das aber bedeutet: Gebührenerhöhungen, Verkauf von kommunalem Eigentum an Privatleute (Privatisierungen), hohe Grundsteuern, Hunde- und Pferdesteuern, Straßenausbaubeiträge, Tourismusabgaben und weitere neu erfundene kommunale Steuern. Wir lehnen dies ab. Diese Maßnahmen können nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein, belasten Sie als Bürger*innen aber massiv.

LINKE FORDERUNGEN VOR ORT:

- Schluss mit der Privatisierung von Gemeineigentum! Rekommunalisierung der schon privatisierten Einrichtungen.
- Regelmäßige Ausschüttung aus den Sparkassengewinnen an Stadt und Kreis, beginnend mit je 2 Millionen Euro pro Jahr.

DIE LINKE: Steuersenkungen für Niedrig- und Normalverdienende!

Das Steuersystem muss auf Bundesebene endlich wieder in Ordnung gebracht werden. Daher hat die Partei DIE LINKE im Jahr 2015 beschlossen, dass nicht nur hohe Einkommen und Vermögen höher besteuert werden sollen, sondern Niedrig- und Normalverdienende auch deutlich geringer belastet werden. DIE LINKE fordert, dass der jährliche Grundfreibetrag der Lohn- und Einkommensteuer von derzeit rund 8.600 auf 12.600 Euro angehoben wird. Das Existenzminimum von Erwerbstätigen muss steuerfrei sein.



„Leere öffentliche Kassen sind kein Argument, Gelder für konkrete Bedürfnisse und öffentliche Daseinsvorsorge zurück zu halten. Schulden können in Zukunft aus der Besteuerung des immer gewaltigeren Reichtums in zu wenigen Händen getilgt werden.“

Gerd Nier, Berufsschullehrer i. R., 69

WER WIR SIND

Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke besteht aus der Partei DIE LINKE, der DKP, der Groner Antifaschistischen Liste (GRAL) und parteilosen Kandidat*innen. Sie tritt für den Stadtrat und Ortsräte im Stadtgebiet Göttingen an. Für die Kreistagswahl und für Stadt- und Gemeinderäte im Landkreis Göttingen, also auch im bald dazugehörenden Altkreis Osterode, stellt sich der Kreisverband Göttingen/Osterode der Partei DIE LINKE zur Wahl.

MITMACHEN!

Ob soziale Ungleichheit, Klimawandel, Wohnungsnot oder Nahverkehr: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus. Wir rufen dazu auf, sich nicht mit den Zuständen abzufinden, sondern sich einzumischen. Wir laden Sie ein, mit uns gemeinsam für eine soziale, transparente und demokratische Kommunalpolitik zu streiten. Dafür bitten wir Sie am 11. September 2016 um Ihre Stimme für die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und DIE LINKE.

Wählen Sie am 11. September

In der Stadt Göttingen:



Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

In Kreis und Kommunen:



DIE LINKE.
Göttingen/Osterode

linkes-portal-goe.net



Menschen vor Profite!

Kommunalwahlen am 11. September 2016

Steuern und Abgaben senken

für Niedrig- und Normalverdienende, indem vor allem Superreiche und Konzerne höher besteuert werden.

Schluss mit hohen Müll- und Abwassergebühren, Schwimmbadpreisen, Fahrpreisen, Parkgebühren, Straßenausbaubeiträgen und Grundsteuern! Die Mehrheit wurde zu lange zur Kasse gebeten.

Auf den Besitz der Reichen wird auf der anderen Seite immer weniger zugegriffen. Für beides ist der Gesetzgeber in Berlin verantwortlich, also Bundestag und Bundesrat, aber auch die Kommunen.

Wer dies stoppen will, muss sich für eine deutlich höhere Besteuerung derjenigen einsetzen, die Geld im Überfluss haben.



linkes-portal-goe.net

Städte und Gemeinden für Menschen statt für Profite!

Vieles in den Kommunen ist so geregelt, dass die Menschen mit niedrigen und normalen Einkommen den Kürzeren ziehen und die Reichen ihre Gewinne machen können. Auch in unserem Landkreis.

Bezahlbare Wohnungen

Der soziale Wohnungsbau ist seit vielen Jahren sträflich vernachlässigt worden. Wohnungen stehen aus spekulativen Gründen in großer Zahl leer, in Göttingen, aber auch in vielen umliegenden Kommunen. Es gibt enormen Bedarf an bezahlbarem und würdigen Wohnraum. Die Folge der großen Nachfrage ist vor allem in der Stadt Göttingen ein Mietniveau, das innerhalb Niedersachsens zu den höchsten gehört.



Straßenbau – Abzocke

Da die Kommunen für den Straßenausbau nicht genügend Geld vom Land und vom Bund bekommen, kassieren sie Geldsummen bis zu mehreren tausend Euro auf einen Schlag von den Anliegern von Straßen, die ausgebessert oder ausgebaut werden. Diese Beiträge werden unabhängig vom tatsächlichen Einkommen der Eigenheimbesitzer kassiert. Von Vermietern werden sie auf die Miete umgeschlagen und erhöhen das Mietniveau noch weiter.



„Das fehlende Geld für den kommunalen Haushalt darf nicht unabhängig von unseren Einkommen von allen abkassiert werden. Wir fordern ein Ende dieser Flickschusterei!“

Edgar Schu, Diplom-Chemiker, 46

Busfahrpreise überteuert

Die Netze sind immer mehr ausgedünnt worden, besonders Verbindungen zwischen den einzelnen Gemeinden und Städten im Landkreis werden in den Abendstunden nicht mehr bedient. Die Preise für eine Fahrkarte sind aber gestiegen. Sie sind im Vergleich zu Großstädten zu hoch, gemessen am Leistungsumfang. Wer Auto fährt, ist wiederum von immer höheren Parkgebühren betroffen.



Schwimmbad: Ein Luxus?

Vor allem öffentliche Hallenbäder sind in den letzten Jahren entweder geschlossen oder durch luxusartige „Spa-Bäder“ und ähnliches ersetzt worden. Der früher für viele selbstverständliche ganzjährige Besuch eines Schwimmbades ist daher zu einem besonderen Luxus geworden, den sich nur wenige leisten können. Die gepfefferten Eintrittspreise des „Badeparadieses Eiswiese“ in Göttingen sind hierfür ein Beispiel unter vielen.

Sie sind hier: Startseite / Preise & Zeiten / Wasserwelt

Wasserwelt

Normal-Tarife

Montag bis Freitag	10.00 – 22.30 Uhr
Wochenende & Feiertage	9.00 – 22.30 Uhr

	1	2	3	4
	Stunde	Stunden	Stunden	St
Erwachsene	3,50 €	5,70 €	7,20 €	8,

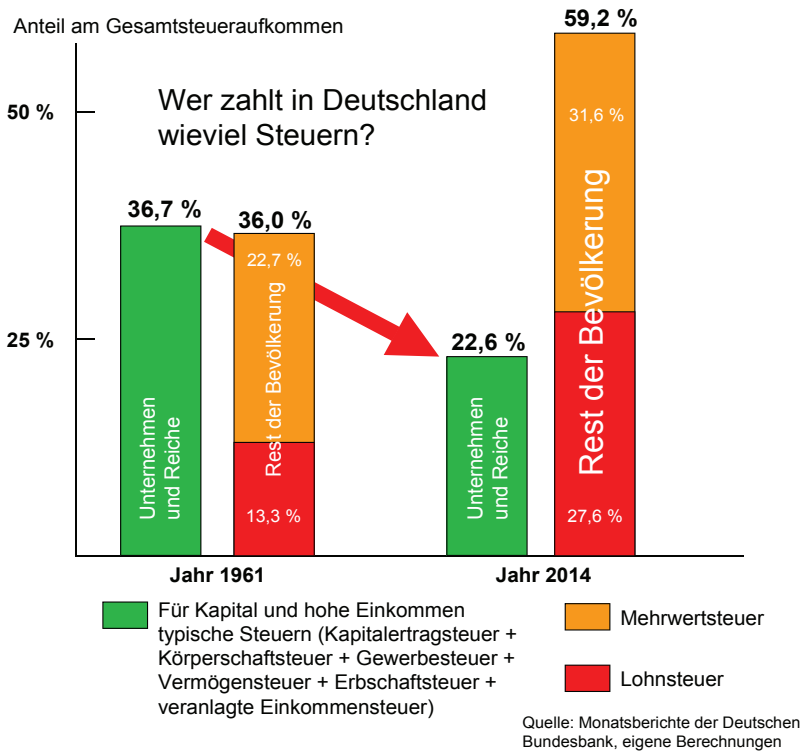
Buslinien, Schwimmbäder ebenso wie Bibliotheken, Volkshochschulen, Theater, KiTas und Krankenhäuser müssen keinen Gewinn abwerfen. Sie sollten nur geringe Eintrittspreise oder Gebühren nehmen, die jeder Mensch bezahlen kann. Das kennen etwas ältere Jahrgänge unter uns noch aus ihrer Jugend. Hierfür muss die Kommune freilich wieder deutlich besser mit Steuermitteln ausgestattet werden.

DAS WOLLEN DIE LINKEN:

- Dichtere und lückenlosere Taktzeiten und Ausweitung des Liniennetzes von Bussen. Bessere Anbindung von Dörfern.
- Kostenloser öffentlicher Nahverkehr. Als Sofortmaßnahme: Sozialticket für Hartz-IV-Berechtigte und andere finanziell schlecht gestellte Menschen.
- Massive Senkung der Eintrittspreise und Gebühren für öffentliche Einrichtungen und deren Umstellung auf Steuerfinanzierung. Als Sofortmaßnahme: Erweiterung des Sozialtickets auf all diese Einrichtungen.

Steuergeschenke in Höhe von hunderten Milliarden – durch die Mehrheit finanziert!

Die Steuergeschenke der Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte an die Reichen, Superreichen und Konzerne sind ungeheuerlich. Es war voraussehbar, dass die öffentlichen Kassen hierdurch in die Knie gezwungen würden und der Zwang entstehen würde, ans Portemonnaie der Niedrig- und Normalverdienenden zu gehen.



Die Mehrheit finanziert durch eine wachsende Steuerlast, durch Lohn- und Mehrwertsteuern, die Geschenke für Konzerne, Reiche und Superreiche.

Es fehlen Steuern der Reichen

Einkommensreiche, Vermögende und große Unternehmen, die in unseren Kommunen beheimatet sind bzw. ihre Produktionsstätte haben, können angemessen, das heißt entsprechend ihrem Reichtum ansteigend, nur auf Bundesebene besteuert werden.

Ausgerechnet diese Steuern aber sind kontinuierlich und massiv gesenkt worden: Die Steuer der Konzerne, die Körperschaftsteuer, ist von 56 auf 15 Prozent gesenkt worden. Der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer seit 1989 von 56 auf 42 Prozent. Kapitalerträge werden zu maximal 25 Prozent besteuert, statt wie früher einkommensabhängig bis zum Spitzensteuersatz von 56 Prozent. Vermögensteuer: Seit 1997 nicht mehr erhoben, obwohl das Gesetz bis heute gilt und es laut neueren Urteilen aus Karlsruhe keine verfassungsrechtlichen Probleme gibt.